

Staatsbad Bad Dürkheim GmbH

Lagebericht

für das Geschäftsjahr 2007

I. Geschäftsverlauf

1. Geschäftsentwicklung

Im Bereich der konventionellen Kurmittel (Badeanwendungen, Massagen, Lymphdrainage, Krankengymnastik) sind bei der Staatsbad Bad Dürkheim GmbH (SBBD), Bad Dürkheim, gegenüber dem Vorjahr keine signifikanten Änderungen festzustellen. Im Geschäftsjahr 2007 sind 26.852 (Vorjahr 26.870) Anwendungen abgegeben worden. Der Anteil der Privatpatienten beträgt in diesem Segment ca. 25,0 %. Die übrigen Anwendungen werden an Sozialversicherte abgegeben, davon überwiegend an die Patienten der AHG-Klinik.

Im Wellness-Bereich wurden im Geschäftsjahr 2007 5.700 Anwendungen (Vorjahr 6.074) abgegeben. Der gesamte Wellness-Bereich weist weiterhin eine stark rückläufige Entwicklung auf. Die zum 30. Juni 2007 beabsichtigte, jedoch nicht vollzogene Schließung des Vitalis-Wellnesszentrums hat sich im gesamten Geschäftsjahr 2007 verkaufshemmend ausgewirkt.

Auch bei den Besucherzahlen in den Thermalbädern im Kurmittelzentrum (2007: 65.707, Vorjahr 67.894) und im Vitalis-Wellnesszentrum (2007: 34.720, Vorjahr 37.764) sind Rückgänge zu verzeichnen. Noch stärker ist der Rückgang der Verkaufszahlen ausgefallen. Im April ist der Gradierbau durch einen Brand stark beschädigt worden. Eine Nutzung des Objekts konnte im Geschäftsjahr 2007 nicht mehr erfolgen.

2. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse sind im Jahr 2007 gegenüber dem Vorjahr insgesamt um T€ 417 auf T€ 1.605 zurückgegangen. Hauptursache dafür ist der Verkauf des Kurparkhotels und anderer Grundstücke, wodurch Erbbauzinsen in Höhe von T€ 351 entfallen. Die Erlöse aus Pacht sind hingegen leicht gestiegen, was auf die Neuverpachtung des Hamam zurückzuführen ist.

Im Bereich der konventionellen Kurmittel sind die Umsätze gegenüber dem Vorjahr ebenfalls rückläufig gewesen. Diese wurden in 2007 zu 43,3 % von Privatzahlern und zu 56,7 % von Sozialversicherten erzielt. Gegenüber dem Vorjahr sind die Umsatzerlöse bei den Privatzahlern um 3,7 % zurückgegangen, während die Umsatzerlöse für die Sozialversicherten nahezu konstant geblieben sind.

Die Umsätze bei den Thermalbädern liegen mit T€ 487 (Vorjahr T€ 544) um 10,5 % unter dem Vorjahresniveau. Ursächlich hierfür sind neben den rückläufigen Besucherzahlen auch die vermehrte Rabattierung der Eintrittspreise.

Im Geschäftsjahr 2007 sind periodenfremde bzw. außerordentliche Erträge in Höhe von insgesamt T€ 3.089 erzielt worden. Diese setzen sich im Wesentlichen aus den Buchgewinnen durch den Verkauf des Kurparkhotels und anderer Grundstücke (T€ 1.127) und aus der Entschädigungsleistung der Versicherung für den Gradierbau (T€ 1.956) zusammen.

3. Kosten

Wesentlichster Aufwandsposten ist – wie im Vorjahr – der Personalaufwand mit T€ 1.203. Der Materialaufwand ist leicht rückläufig und beträgt insgesamt T€ 994. Aufgrund des Brands im Gradierbau sind zusätzlich außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von T€ 924 sowie Abriss- und Entsorgungsaufwendungen in Höhe von T€ 219 angefallen.

4. Personal

Im Jahr 2007 sind im Jahresdurchschnitt rd. 37 Mitarbeiter beschäftigt worden. Die Entwicklung des Durchschnittsalters der Beschäftigten zeigt dabei eine problematische Entwicklung. Das Durchschnittsalter der Mitarbeiter liegt im Bereich der Rezeption bei ca. 40 Jahren, in der Therapie bei ca. 46 Jahren und bei den Servicekräften bei 52 Jahren. Im Therapiebereich und bei den Servicekräften ist in der Altersklasse zwischen 20 und 40 Jahren nur ein Mitarbeiter beschäftigt. Die Auslastungsquote der Therapeuten beträgt je nach Qualifikation zwischen 45 % und 60 %. Eine Verbesserung der Auslastung wird tendenziell nur durch eine Verringerung der Mitarbeiterzahl möglich sein. Damit ist die notwendige Verjüngerung der Mitarbeiterstruktur durch Einstellung neuer Mitarbeiter aber praktisch nicht möglich.

5. Investitionen

Investitionen sind im Berichtsjahr lediglich in Höhe von T€ 9 vorgenommen worden. Am derzeitigen Standort sind auch in den nächsten Jahren keine Investitionen vorgesehen. Unabhängig davon werden notwendige Instandhaltungs- und Unterhaltungsarbeiten in erforderlichem Umfang durchgeführt.

II. Lage der Gesellschaft

1. Ertragslage

Die Gesellschaft weist im Geschäftsjahr 2007 einen Jahresüberschuss in Höhe von T€ 771 aus, der sich wie folgt ermittelt:

	<u>T€</u>
Betriebsleistung	1.634
Betriebsaufwendungen	<u>3.022</u>
operatives Ergebnis	- 1.388
periodenfremdes und außerordentliches Ergebnis	<u>1.940</u>
ebit	552
Finanzergebnis	224
Steuern	<u>5</u>
Jahresüberschuss	<u><u>771</u></u>

Die Betriebsleistung ist gegenüber dem Vorjahr deutlich rückläufig. Das Gleiche gilt für die korrespondierenden Betriebsaufwendungen. Das operative Ergebnis weist unverändert einen hohen negativen Wert auf. Aufgrund der eingetretenen Sondereinflüsse, die ihren Ausdruck im periodenfremden und außerordentlichen Ergebnis fanden, konnte das Jahresergebnis 2007 um T€ 1.940 verbessert werden.

2. Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt zum Bilanzstichtag 2007 insgesamt T€ 11.359. Auf der Aktivseite macht das Anlagevermögen T€ 6.017 aus. Das Anlagevermögen wird vollständig durch das Eigenkapital gedeckt. Das Umlaufvermögen beträgt T€ 5.334. Es deckt komplett das kurzfristige Fremdkapital.

Das Eigenkapital beträgt T€ 10.850. Die Eigenkapitalquote errechnet sich mit 95,5 %. Das Fremdkapital beträgt T€ 509 und umfasst überwiegend kurzfristige Verpflichtungen.

Der Finanzmittelbestand hat sich entwickelt:

	<u>T€</u>
Stand am 01.01.2007	453
Mittelzufluss/Mittelabfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit	+ 1.034
Mittelzufluss/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	+ 3.585
Mittelzufluss/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	<u>0</u>
Stand am 31.12.2007	<u><u>5.072</u></u>

Der cash flow beträgt T€ 1.880.

III. Risikobericht

Die Gesellschaft verfügt zwar über ein Risikomanagementsystem seit dem Jahr 2001. Ein systematisches Risikomanagement ist jedoch im Unternehmen nicht eingerichtet. Die Geschäftsführung analysiert und bewertet zurzeit alle Geschäftsbereiche. Entsprechende Maßnahmen zur Verbesserung des Betriebsergebnisses werden kurzfristig umgesetzt.

Die Streichung der Spielbankabgabe im Jahr 2002 hat für die SBBD eine entwicklungsbeeinträchtigende und bestandsgefährdende Entwicklung in Gang gesetzt. Seit 2002 deckt das Unternehmen seine jährlichen Verluste aus den Rücklagen. Diese sind nach aktuellen Berechnungen etwa Anfang 2010 aufgebraucht. Eine Nachschusspflicht seitens der Gesellschafter besteht gemäß Gesellschaftervertrag nicht.

Ein weiteres Risiko liegt in der Tatsache, dass mit den Krankenkassen Versorgungsverträge abgeschlossen wurden, die völlig unzureichende Vergütungsvereinbarungen beinhalten. Die aktuellen Preise decken – selbst unter Zugrundelegung einer Vollausslastung der vorhandenen Kapazitäten – nicht einmal ansatzweise die Selbstkosten. Die Kostendeckungsgrade liegen teilweise unter 50 %.

Da auch der Vertrag mit der AHG – Fachklinik zur Abgabe von therapeutischen Leistungen eine Kopplung an die aktuellen Vergütungssätze der Krankenkasse vorsieht, werden somit über 80 % der abgegebenen Leistungen der physikalischen Therapie zu völlig unzureichenden Vergütungssätzen abgegeben. Sollten mit den Kassen keine auskömmlichen Preise ausgehandelt werden können, ist die einzige Alternative ein Ausscheiden aus diesem Marktsegment. Diese Maßnahme hätte nicht nur erhebliche personelle Auswirkungen, sondern würde auch das Ende der SBBD als führende Kureinrichtung in Bad Dürkheim zur Folge haben.

Die Entwicklung eines anspruchsvollen Angebots im Bereich der „Medical Wellness“ scheiterte bislang insbesondere an der für diesen Zweck völlig ungeeigneten Infrastruktur. Die Behandlungen werden in den Kellerräumen abgegeben, die für teure Anwendungen weder ausgelegt noch anpassungsfähig sind.

Das Thermalbad im Kurmittelzentrum ist nicht mehr zeitgemäß; insbesondere fehlt ein Saunabereich. Die aktuellen Eintrittspreise bewegen sich an der Grenze des Akzeptablen, decken aber nicht die Betriebskosten. Tendenziell ist in den Folgejahren mit einer weiteren Abnahme der Besucherzahlen und einer weiteren Verschlechterung des Ergebnisses im operativen Bereich zu rechnen.

Die Chancen und Risiken in der künftigen Entwicklung bestehen gleichermaßen in der Verbesserung der Attraktivität des touristischen Standorts Stadt Bad Dürkheim sowie in der Entwicklung des Kurwesens. Die Chancen sollen insbesondere durch das Thermenprivatisierungsprojekt deutlich erhöht werden.

IV. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahrs

Die Gesellschafterversammlung hat gemäß Umlaufbeschluss vom 11. Januar 2008 den bisherigen Geschäftsführer, Herrn Oliver Kirschner, mit sofortiger Wirkung abberufen und Herrn Ulrich Bülow mit sofortiger Wirkung zum Geschäftsführer bestellt. Herrn Kirschner ist Einzelprokura erteilt worden.

V. Künftige Entwicklung

Vor dem Hintergrund, dass in Bad Dürkheim der Neubau einer Therme/eines Gesundheitszentrums mit Unterstützung des Landes und unter Federführung der SBBD angestrebt wird, sind Investitionen in die bestehende Infrastruktur der SBBD im Kurzentrum nicht mehr sinnvoll. Geht man davon aus, dass eine neue Therme in etwa 5 Jahren in Betrieb geht, ist keine ausreichende Amortisationszeit gegeben. Im Umkehrschluss bedeutete dies, dass die Gesellschaft sich für einen Übergangszeitraum im Kurzentrum einrichten und an dieser Stelle ein kostenoptimiertes Angebot vorhalten muss. Der aktuelle Personalbestand muss deutlich reduziert werden, da ohne investive Maßnahmen auch keine Zuwächse im Segment der Selbstzahler zu erwarten sind.

Im Kerngeschäft der SBBD ist auch zukünftig kein Gewinn zu erzielen. Um so wichtiger ist es, dass neben der Kostenoptimierung bestehender Geschäftsfelder auch eine Reduzierung des Immobilienbestandes vorzunehmen ist.

Die Gesellschaft muss vom Gradierbau und der Brunnenhalle entlastet werden. Diese verursachen erhebliche Unterhaltungskosten, bieten jedoch keine betriebswirtschaftlich sinnvolle Nutzungsperspektive. Die Ermittlung der Entschädigungssumme für den in 2007 abgebrannten Gradierbau ist noch nicht abgeschlossen. Nach heutigem Kenntnisstand ist davon auszugehen, dass die ermittelte Entschädigungssumme nicht ausreichen wird, um den Gradierbau wieder auf voller Länge zu errichten. Auch kann es nach Einschätzung des Landesrechnungshofes nicht Aufgabe der SBBD sein, den Gradierbau zu betreiben.

Für das Jahr 2008 geht der aktuelle Wirtschaftsplan von einem Fehlbetrag in Höhe von T€ 263 aus, der noch aus den Rücklagen der SBBD gedeckt werden kann. Hierbei sind allerdings bereits sonstige betriebliche Erträge in Höhe von T€ 1.230 berücksichtigt, die noch als Versicherungsleistung für den Gradierbau zufließen sollen. Die SBBD ist aufgrund der strukturell defizitär angelegten Ertragslage, an der sich auch bei punktueller Verbesserung des Betriebsergebnisses nichts ändern wird, nicht in der Lage, den nachhaltigen Betrieb ohne Ausgleichszahlungen der Gesellschafter sicherzustellen.

Die liquiden Mittel des Unternehmens sind – auch wenn kostensenkende Maßnahmen zügig umgesetzt werden – spätestens Anfang 2010 aufgebraucht. Insgesamt besteht ab 2010 für das operative Geschäft ein nachhaltiger jährlicher Zuschussbedarf durch die Gesellschafter in Höhe von ca. T€ 1.300, wenn der Geschäftsbetrieb der SBBB aufrecht erhalten werden soll.

Bad Dürkheim, den 24. April 2008

Staatsbad Bad Dürkheim GmbH



Ulrich Bülow

Beteiligungsbericht gem. § 90 Abs. 2 GemO
Geschäftsjahr 2007

Teil 1
für alle Unternehmen und Einrichtungen

Name des Unternehmens	Betriebsgesellschaft Haus der Deutschen Weinstraße Bockenheim mbH
-----------------------	--

Rechtsform	privatrechtlich: Gesellschaft mit beschränkter Haftung
------------	---

Gegründet am	04.11.1991
Der Gesellschaftsvertrag datiert vom	26.02.1992 zuletzt geändert am 10.03.2000

Wirtschaftsjahr ist	das Kalenderjahr
Stammkapital am Ende des Wirtschaftsjahres	25.564,60 €
Veränderungen im Berichtsjahr	keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	Gegenstand des Unternehmens ist der Bau, Betrieb und die Unterhaltung des Hauses Deutsche Weinstraße in Bockenheim, wobei die anfallenden Bauleistungen an Dritte vergeben werden. Des weiteren sollen dadurch die Weinwirtschaft, der Fremdenverkehr und die allgemeine wirtschaftliche Situation der Region gefördert werden.
---	---

Teil 2
nur für Unternehmen in privater Rechtsform

Beteiligungsverhältnisse (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	Am Stammkapital des Unternehmens sind beteiligt: 1.) Landkreis Bad Dürkheim 6.391,15 EUR = 25% 2.) VG Grünstadt-Land 6.391,15 EUR = 25% 3.) Ortsgemeinde Bockenheim/Wstr. 6.391,15 EUR = 25% 4.) Bauern-u.Winzerverband Rheinland-Pfalz Süd e.V. 6.391,15 EUR = 25%
--	--

<i>Laufende Gesamtbezüge (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)</i>	keine Angaben über Gesamtbezüge gem. § 286 Abs. 4 HGB
--	---

Teil 3

für alle wirtschaftlichen Unternehmen des öffentlichen und privaten Rechts

<i>Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 4 GemO) für das wirtschaftliche Unternehmen</i>	Zu § 85 Abs. 1 Nr. 1 Die Förderung der Weinwirtschaft, des Fremdenverkehrs und der allgemeinen wirtschaftlichen Situation der Region rechtfertigen weiterhin das Unternehmen
	Zu § 85 Abs. 1 Nr. 2 Hierzu sind unter dem Stichwort "Auswirkung auf die Haushaltswirtschaft" Angaben erfolgt.
	Zu § 85 Abs. 1 Nr. 3 Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Bilanzkennzahlen zum Beteiligungsbericht

1. Rentabilität	
<i>Eigenkapitalrentabilität</i>	0,00%
<i>Cash-Flow</i>	42.065,00 €
2. Vermögensaufbau	
<i>Anlagenintensität</i>	0,00%
<i>Intensität Umlaufvermögen</i>	40,18%
3. Anlagenfinanzierung	
<i>Anlagendeckung I</i>	0,00%
<i>Anlagendeckung II</i>	0,00%
4. Kapitalausstattung	
<i>Eigenkapitalquote</i>	0,0%
<i>Fremdkapitalquote</i>	100,0%
5. Liquidität	
<i>Liquiditätsgrad I</i>	-240.717,43 €
<i>Liquiditätsgrad III</i>	30,78%

Betriebsgesellschaft Haus der Deutschen Weinstraße Bockenheim mbH

Lagebericht 2007

Die Betriebsgesellschaft wurde am 04.11.1991 durch notariellen Gesellschaftsvertrag von den Gesellschaftern Landkreis Bad Dürkheim, Verbandsgemeinde Grünstadt-Land, Ortsgemeinde Bockenheim und Bauern- und Winzerverband Rheinland-Pfalz Süd errichtet und ist mit der Eintragung ins Handelsregister am 26.02.1992 entstanden.

Die Stammeinlagen beliefen sich auf jeweils DM 12.500,00, somit insgesamt DM 50.000,00 (= EUR 25.564,59) und wurden als Bareinlage vollständig erbracht.

Die wesentliche Tätigkeit im Geschäftsjahr 2007 erstreckte sich bis zum 30.06.2007 auf die Verpachtung des „Hauses der Deutschen Weinstraße“ in Bockenheim. Daran anschließend erfolgte die Suche nach einem potenziellen Käufer. Am 27.11.2007 wurde das Objekt zum Gesamtpreis von EUR 165.000,00 veräußert.

Die Kapitalstruktur zeigt, dass das Eigenkapital 0,0 % des Gesamtkapitals beträgt. Das Eigenkapital wurde durch die ausgewiesenen Jahresfehlbeträge der Vorjahre vollständig aufgezehrt; es besteht darüber hinaus ein „nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ von EUR 184.418,60. Die laufenden betrieblichen Erträge der Gesellschaft reichten nicht einmal zur Bewältigung der laufenden Ausgaben aus. Der Cashflow war -ohne Berücksichtigung der Erträge aus Sachanlagenabgängen mit EUR 94.797,00- wie in den Vorjahren negativ (EUR ./ 41.729,00).

Der gegen Herrn Korfmann anhängige Rechtsstreit wegen ausstehender Pacht wurde vor dem Landgericht Frankenthal in Höhe von EUR 30.272,06 nebst Zinsen gewonnen. Herr Korfmann legte gegen die Entscheidung zwischenzeitlich

Betriebsgesellschaft Haus der Deutschen Weinstraße Bockenheim mbH

Berufung ein. Ein Termin für die Verhandlung vor dem Oberlandesgericht steht noch nicht fest. Die Betriebsgesellschaft hat eine Sicherheitsleistung hinterlegt. Von daher ist das Urteil des Landgerichts Frankenthal sofort vollstreckbar. Inwieweit die ausstehende Forderung beigetrieben werden kann ist allerdings offen.

Mit dem Verkauf des „Hauses der Deutschen Weinstraße“ stellte die Betriebsgesellschaft ihre unternehmerische Tätigkeit faktisch ein. Die Gesellschaft soll allerdings noch so lange aufrecht erhalten werden, wie eine ordnungsgemäße Liquidation dies erfordert. Zudem soll der Ausgang des Rechtsstreits mit Herrn Korfmann abgewartet werden.

Grünstadt, 18.04.2008

gez.

Reinhold Pfuhl

Geschäftsführer

Beteiligungsbericht gem. § 90 Abs. 2 GemO

Geschäftsjahr 2007

Teil 1

für alle Unternehmen und Einrichtungen

Name des Unternehmens	Wohnungsbaugenossenschaft "Bauhilfe" e.G. Haßloch
Rechtsform	privatrechtlich: Genossenschaft
Gegründet am	24. Juni 1949
Die derzeitige Satzung datiert vom	27. November 1992
Wirtschaftsjahr ist	das Kalenderjahr
Geschäftsguthaben am Ende des Wirtschaftsjahres	222.123,71 €
Veränderungen im Berichtsjahr	Erhöhung um 503,81 €
Gegenstand des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	Der Gegenstand des Unternehmens ist eine nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 85 Abs. 3 GemO Der Zweck der Genossenschaft ist vor- rangig eine gute, sichere und sozial ver- antwortbare Wohnungsversorgung (§ 2 Abs. 1 der Satzung)

Teil 2

nur für Unternehmen in privater Rechtsform

Beteiligungsverhältnisse (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	Landkreis Bad Dürkheim	
	26.000,- Euro	11,71 %
	Gemeinde Haßloch	
	52.000,- Euro	23,41 %

Besetzung der Organe (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	Aufsichtsrat:
	Vollmer Irene (Vorsitzende) Janz Alois Steffen Peter Schmitt Annelore Hartmann Ernst Müller Ilona
	Vorstand:
	Kühhirt Helmut Beckmann Dieter Geibel Jürgen

Beteiligungen des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	keine
---	-------

Bauhilfe Haßloch

<i>Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 GemO) sowie künftige Aufgaben</i>	Der Wohnungsbestand betrug Ende 2007 170 Wohnungen, ein Büro, 16 Garagen und 107 Stellplätze
<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs (§ 90 Abs. Satz 3 Nr. 3 GemO)</i>	siehe Anlage: Lagebericht
<i>Lage des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)</i>	Die wirtschaftliche Lage der Genossenschaft kann als gut bezeichnet werden. Die Liquidität war jederzeit gegeben.
<i>Kapitalzuführungen/-entnahmen (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)</i>	keine
<i>Auswirkung auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)</i>	2007 Ausschüttung einer Dividende von 1.040,00 €
<i>Laufende Gesamtbezüge (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)</i>	keine Angaben

Teil 3

für alle wirtschaftlichen Unternehmen des öffentlichen und privaten Rechts

<i>Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 4 GemO) für das wirtschaftl. Unternehmen</i>	entfällt, da eine nichtwirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 3 GemO vorliegt
--	---

Bilanzkennzahlen zum Beteiligungsbericht

1. Rentabilität	
<i>Eigenkapitalrentabilität</i>	3,94%
<i>Cash-Flow</i>	203.286,25 €
2. Vermögensaufbau	
<i>Anlagenintensität</i>	98,46%
<i>Intensität Umlaufvermögen</i>	1,37%
3. Anlagenfinanzierung	
<i>Anlagendeckung I</i>	30,56%
<i>Anlagendeckung II</i>	87,73%
4. Kapitalausstattung	
<i>Eigenkapitalquote</i>	30,09%
<i>Fremdkapitalquote</i>	69,91%
5. Liquidität	
<i>Liquiditätsgrad I</i>	-344.407,13 €
<i>Liquiditätsgrad III</i>	10,45%

LAGEBERICHT

Das Jahr 2007 war wegen rückläufiger Reallohnentwicklung und steigender Energiepreise nur schwach aufwärtsgerichtet. Der Konsum ging um 0,4 Prozent zurück. Wachstumsimpulse kamen im abgelaufenen Jahr vorwiegend aus dem Außenhandel. So stiegen die Exporte um 8,3 Prozent.

Im Wohnungsbau stagnierte die Zuwachsrate bei 3,0 Prozent. Die Investitionen sind nur um 0,3 Prozent gestiegen.

Rund 134 Milliarden Euro wurden im vergangenen Jahr in Neubaumodernisierung und Instandhaltung investiert.

Für das Jahr 2008 wird mit einem deutlichen Dämpfer für die deutsche Konjunktur gerechnet.

Im Jahresdurchschnitt waren 2007 rund 3,78 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet. Für das Jahr 2008 wird mit einem Rückgang der Arbeitslosenzahlen auf 3,5 Millionen gerechnet.

Die Verwaltung der Genossenschaft hat im abgelaufenen Jahr die ihr nach Gesetz und Satzung obliegenden Arbeiten und Aufgaben ordnungsgemäß erledigt.

Der Jahresabschluss wurde im April erstellt.

Die Vermögenslage der Genossenschaft stellt sich nach Gegenüberstellung des Wirtschaftsjahres 2006 und 2007 wie folgt dar:

Vermögens- und Kapitalstruktur

<u>Vermögensstruktur</u>	31.12.2007 T€	%	31.12.2006 T€	%
Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	2,55	0,03	0,00	0,00
Sachanlagen	7.363,22	98,42	7.208,59	98,51
Finanzanlagen	0,75	0,01	0,75	0,01
Anlagevermögens insgesamt:	7.366,52	98,46	7.209,34	98,52
Umlaufvermögen	102,56	1,37	96,92	1,32
Abgrenzungsposten	12,55	0,17	11,71	0,16
Gesamtvermögen	7.481,63	100,00	7.317,97	100,00
Fremdmittel	5.230,09		5.148,94	
Reinvermögen am Jahresende	2.251,54		2.169,03	
Reinvermögen am Jahresanfang	2.169,03		2.074,34	
Vermögenszuwachs	82,51	3,80	94,69	4,56

Gemessen am Gesamtvermögen beträgt das Anlagevermögen mit T€ 7.366,52 rund 98,46%, das Umlaufvermögen mit T€ 102,56 rund 1,37%. Das Reinvermögen beträgt am 31. Dezember 2007 T€ 2.251,54.

Dieses hat sich im Vergleich zum Jahresanfang um T€ 82,51 = 3,80% vermehrt.

<u>Kapitalstruktur</u>	31.12.2007	%	31.12.2006	%
	T€		T€	
Geschäftsguthaben	222,12	2,97	219,66	3,00
Rücklagen	2.020,90	27,01	1.940,74	26,52
- gesetzliche	(237,20)	(3,17)	(228,24)	(2,45)
- Bauerneuerung	(760,00)	(10,16)	(730,00)	(9,97)
- freie	(1.023,70)	(13,68)	(982,50)	(13,43)
Bilanzgewinn	8,52	0,11	8,63	0,12
Eigenkapital	2.251,54	30,09	2.169,03	29,64
Rückstellungen	35,00	0,47	24,50	0,33
Dauerfinanzierungsmittel	5.082,16	67,93	5.010,22	68,46
Andere Verbindlichkeiten	110,51	1,48	110,87	1,52
Verbindlichkeiten	5.192,67	69,41	5.121,09	69,98
Rechnungsabgrenzungsposten	2,42	0,03	3,35	0,05
Gesamtkapital	7.481,63	100,00	7.317,97	100,00

Das Eigenkapital der Genossenschaft beläuft sich zum 31. Dezember 2007 auf T€ 2.251,54 und stellt einen Anteil von 30,09% am Gesamtkapital dar. Der Anteil der Dauerfinanzierungsmittel am Gesamtkapital beträgt T€ 5.082,16 = 67,93%.

Die Genossenschaft schließt das Geschäftsjahr 2007 mit einem Überschuß von € 88.683,26 ab.

Nach Zuweisung zu den Ergebnisrücklagen verbleibt ein Bilanzgewinn von € 8.634,42.

Die wirtschaftliche Lage der Genossenschaft kann als gut bezeichnet werden.

Die Genossenschaft hat im Juni 2007 das letzte der baugleichen Häuser im Mühlpfad fertig gestellt. Das Land hat 864.000,-- Euro an Darlehen bereitgestellt. Die Genossenschaft hat mit weiteren Darlehen und Eigenkapital eine Summe von 838.412,-- Euro aufgewendet.

Die Grundstückskosten belaufen sich zusätzlich auf 375.000,-- Euro.

Damit die Neubauten realisiert werden konnten, mussten die drei Häuser aus den 50er Jahren abgerissen werden, da diese nicht mehr vermietbar waren.

Für die Instandhaltung der Genossenschaftswohnungen wurden zusätzlich zu den kalkulierten 300.000,-- Euro weitere 115.000,-- Euro in den letzten drei Jahren aufgewendet.

Der gesamte Wohnungsbestand unserer Genossenschaft umfasst 170 Wohnungen, 16 Garagen, 107 Stellplätze und ein Büro.

Der vom Vorstand aufgestellte Wirtschaftsplan für das Jahr 2008 weist einen Überschuss von

Hausbewirtschaftung	135.000,00 €
Kapitaldisposition	0,00 €
Mitgliederverwaltung	<u>2.000,00 €</u>
	137.000,00 €
Abschreibung auf Sachanlagen	110.000,00 €
Tilgungen	<u>. / . 135.000,00 €</u>
	112.000,00 €
	<u>-----</u>

Insgesamt sind keine Risiken zu erkennen, die die Ergebnislage 2008 negativ beeinflussen können.

Der Vorstand dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Jahr 2007 geleistete Arbeit.

Kreiskrankenhaus Grünstadt - Westring 55 - 67269 Grünstadt

Beteiligungsbericht gem. § 90 Abs.2 GemO i.V.m. § 57 LKO -2007-

Teil I

Name des Unternehmens	Kreiskrankenhaus Grünstadt
Rechtsform	öffentlich-rechtlich
	Einrichtung ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Sondervermögen mit Sonderrechnung) nach dem Landeskrankenhausgesetz
Gegründet	1967
Satzung datiert vom	12.11.1980 bzw. 25.10.1989 bzw. 20.03.2002
Wirtschaftsjahr	Kalenderjahr
Stammkapital	0
Veränderungen im Berichtsjahr	0
Gegenstand des Unternehmens (§90 Abs.2 Satz 3 Nr.1 GemO)	Quantitativ und qualitativ bestmögliche Versorgung der Kranken im stationären, teilstationären und ambulanten Bereich unter Beachtung wirtschaftlicher Aspekte
Gegenstand des Unternehmens ist	eine nicht-wirtschaftliche Betätigung gem. § 85 Abs.3 GemO

Teil III

Vorliegen der Voraussetzung des § 85 Abs.1 GemO (§90 Abs.2 Satz 3 Nr.4 GemO) für das wirtschaftliche Unter- nehmen	entfällt, da gem. § 85 Abs.3 GemO eine nicht-wirtschaft- liche Betätigung vorliegt
---	---

Kennzahlen	Berechnung	Ergebnis
1. Ertragslage		
a) Rentabilität		
Eigenkapitalrentabilität	€ (611.089,84 x 100) : 9.906.094,18	6,17%
Gesamtkapitalrentabilität	€ (611.089,84 x 100) : 39.024.728,63	1,57%
b) Umsatz pro Mitarbeiter	€ 20.853.997,18 : 225,17	92.614,46 €
c) Cash-Flow	€ 611.089,84 + 390.178,05 + 29.206,58	1.030.474,47 €
2. Vermögensaufbau		
Anlagenintensität	€ (22.299.071,26 x 100) : 39.024.728,63	57,14%
Intensität d.Umlaufvermögens	€ (15.388.129,13 x 100) : 39.024.728,63	39,43%
3. Anlagenfinanzierung		
Anlagendeckung I	€ (12.735.422,82 x 100) : 22.299.071,26	57,11%
Anlagendeckung III	€ (12.735.422,82 + 2.829.326,64 x 100) : 22.299.071,26	69,80%
4. Kapitalausstattung		
Eigenkapitalquote	€ (12.735.422,82 x 100) : 39.024.728,63	32,63%
Fremdkapitalquote	€ (7.738.283,35 x 100) : 39.024.728,63	19,83%
5. Liquidität		
Liquiditätsgrad I	€ 5.648.881,01 - 2.616.688,02	3.032.192,99 €
Liquiditätsgrad III	€ 15.388.129,13 x 100 : 4.859.709,04	316,65%



I. Lagebericht

1. Vorbemerkungen

Mit diesem Jahresbericht möchten wir nicht nur unserer gesetzlichen Verpflichtung zur Berichterstattung über die Vermögens- und Finanzlage nachkommen, sondern auch über wichtige Neuerungen und Entwicklungen im Kreiskrankenhaus Grünstadt informieren.

Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Krankenhäuser in Deutschland konnte das Kreiskrankenhaus Grünstadt auch das Geschäftsjahr 2007 mit einem positiven Betriebsergebnis abschließen; das Jahr 2007 ist damit bereits das 21. Geschäftsjahr in Folge, in dem das gelungen ist. Dies ist ein weiterer Beleg dafür, dass auch kleinere Krankenhäuser sehr wohl in der Lage sind, den Patientinnen und Patienten ein qualitativ hochwertiges Leistungsspektrum zu bieten und das mit einer wirtschaftlichen Betriebsführung zu verbinden.

Dieser nachhaltige Erfolg ist nicht nur der Krankenhausleitung, sondern letztendlich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kreiskrankenhauses zu verdanken. Sie haben mit ihrem Engagement sowie ihrer fachlichen und menschlichen Kompetenz dazu beigetragen, die Versorgung der Bevölkerung in Grünstadt und Umgebung mit stationären und ambulanten Gesundheitsleistungen sicherzustellen und damit den Versorgungsauftrag des Kreiskrankenhauses zu erfüllen. Dafür gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der herzliche Dank der Krankenhausleitung und des Krankenhausträgers.

Der wirtschaftliche Erfolg des Kreiskrankenhauses Grünstadt ist auch im vergangenen Geschäftsjahr im Wesentlichen durch 2 Faktoren begründet: Die Ausgabendisziplin im Bereich der Personal- und Sachkosten sowie die gute Ertragslage des Krankenhauses. Durch die im vergangenen Jahr noch weiter gestiegenen Patientenzahlen - noch nie wurden in einem Jahr so viele Patienten stationär im Kreiskrankenhaus behandelt, wie im Jahr 2007 - sowie die mit den Krankenkassen vereinbarte Erhöhung des stationären Krankenhausbudgets für Leistungssteigerungen um mehr als 687.000 Euro konnten die Erträge des Krankenhauses deutlich gesteigert werden.

Das wichtigste Ereignis für das Kreiskrankenhaus Grünstadt war im vergangenen Jahr sicherlich der Abschluss des ersten Abschnittes der Baumaßnahme Neubau Operationstrakt/Zentralsterilisation - Umbau und Erweiterung der Intensivstation. Ende Oktober wurden nach der feierlichen Eröffnung durch Frau Ministerin Malu Dreyer die neue Operationsabteilung und die Zentralsterilisation in Betrieb genommen. Zuvor wurden die neuen Räumlichkeiten bei einem Tag der offenen Tür der Bevölkerung vorgestellt. Ebenfalls im Zuge des ersten Bauabschnittes wurden der neue Hubschrauberlandeplatz, die neue zentrale Personalumkleide und der neue Andachtsraum fertig gestellt.

Weitere wichtige Meilensteine für das Krankenhaus waren

- der Beginn der Umbaumaßnahmen zur Errichtung einer neuen, auf 8 Betten vergrößerten Intensivstation in den Räumen der alten Operationsabteilung im November,



- der Abschluss von Kooperationsverträgen mit weiteren niedergelassenen Ärzten im April - Herr Dr. Wolfgang Franz, Herr Dr. Uwe Bäcker und Herr Dr. Alfred Baur führen im Kreiskrankenhaus bei Patienten aus ihren Praxen stationäre gelenkchirurgische Operationen durch; Herr Dr. Michael Wittemann führt stationäre Operationen aus den Bereichen Fuß- und Handchirurgie bzw. plastische Chirurgie durch - sowie
- der Abschluss und die Auswertung der Patienten- und Einweiserbefragung.

Mit der Inbetriebnahme der neuen Operationsabteilung und der neuen Zentralsterilisation hat sich die bauliche und medizinische Infrastruktur des Krankenhauses weiter verbessert. Nicht nur die räumliche Situation, sondern auch die medizin-technische Ausstattung entspricht in diesem Bereich nun modernsten Ansprüchen. So wurden ein neues OP-Tischsystem, neue OP-Leuchten mit Gasentladungstechnik, neue Reinigungs- und Desinfektionsautomaten sowie Sterilisatoren und neue Überwachungsmonitore für den Aufwachraum beschafft. Neben diesen Investitionen im Rahmen des Neubauprojektes OP/Zentralsterilisation wurden aber im abgelaufenen Geschäftsjahr 2007 auch wieder umfangreiche Investitionen zur Erhaltung bzw. weiteren Verbesserung der apparativen Ausstattung des Krankenhauses im Wert von mehr als 283.000 Euro getätigt. Exemplarisch seien hier ein Atmungsunterstützungsgeräte für die nicht-invasive Beatmung, ein Morcellator zur schnellen, schonenden laparoskopischen Entfernung großer Gewebemengen, ein Defibrillator, ein Röntgenstrahler und 4 Schmerzpumpen genannt. Zur Beseitigung der Zugluftsituation in der Eingangshalle und im Wartebereich vor der Ambulanz wurde an den Ausgangstüren ein so genannter Warmluftschleier installiert.

Diese weiter verbesserte Infrastruktur bildet zusammen mit der soliden Finanzsituation und dem breiten Leistungsspektrum, das neben der stationären Krankenversorgung auch das ambulante Operieren und die teilstationäre Rehabilitation in der geriatrischen Tagesklinik umfasst, eine gute Ausgangsposition für die zukünftige Entwicklung des Kreiskrankenhauses Grünstadt.

Der wirtschaftliche Erfolg des Krankenhauses wird aber auch zukünftig von einer Reihe von externen Faktoren bestimmt, die das Krankenhaus selbst nicht oder nur in sehr geringem Maße beeinflussen kann. So bedeuten die neuen Tarifabschlüsse zwischen dem Kommunalen Arbeitgeberverband und Ver.Di sowie dem Marburger Bund für das Krankenhaus in den Jahren 2008 und 2009 Kostensteigerungen von 440.000 Euro bzw. 650.000 Euro, die genau wie die zu erwartende weitere Steigerung der Energiekosten durch die gesetzlich festgelegten Budgetsteigerungsraten der Krankenhäuser nicht gedeckt sind. Weil es den Krankenhäusern aufgrund der aktuellen gesetzlichen Regelungen nicht wie einem privatwirtschaftlichen Unternehmen möglich ist, seine Kostensteigerungen über eine Erhöhung der Preise, also des Basisfallwertes für die stationären DRG-Leistungen oder des EBM-Punktwertes für die ambulanten Operationen, zu refinanzieren, müssen diese Mehrkosten auf anderem Wege kompensiert werden.

Um eventuell noch vorhandene Einsparpotenziale im Bereich der Sachkosten zu realisieren ist beabsichtigt, durch die weitere Standardisierung von medizinischen Produkten zwischen den Mitgliedskrankenhäusern der Einkaufsgemeinschaft Kommunaler Krankenhäuser des Deutschen Städtetages (EKK) zusätzliche Einsparungen bei den Beschaffungskosten zu erzielen. Auch bei den extern vergebenen Dienstleistungen sollen durch Wirtschaftlichkeitsanalysen und/oder Ausschreibungen möglicherweise vorhandene Einsparungspotenziale realisiert werden. Zur besseren Auslastung der neuen



Zentralsterilisation ist geplant, Instrumentarium auch für umliegende Krankenhäuser zu sterilisieren. Weitere Bereiche der Zusammenarbeit mit umliegenden Krankenhäusern werden geprüft. Darüber hinaus wird das Krankenhaus soweit möglich freiwerdende Stellen nur mit Zeitverzögerung wiederbesetzen (befristete Besetzungssperren).

Zusätzlich zu diesen Maßnahmen ist es das Ziel des Krankenhauses, durch eine gezielte Leistungsausweitung, d. h. vor allem die Steigerung der stationären Patientenzahlen zusätzliche Erträge zu erzielen. Hierbei kommt der engeren Vernetzung und Kooperation mit den Leistungserbringern im ambulanten Bereich eine große Bedeutung zu. Mit der Ansiedelung der radiologischen Praxis von Herrn Dr. Reinhold Dahm und der Hals-Nasen-Ohren-Praxis der beiden Belegärzte Dr. Cathrine und Dr. Peter Mattinger im Krankenhaus, dem Abschluss von Konsiliararztverträgen mit 5 niedergelassenen Fachärzten für Chirurgie, die im Kreiskrankenhaus Operationen durchführen, konnte das Leistungsspektrum des Krankenhauses bereits deutlich erweitert werden. Das Krankenhaus möchte diesen Weg zukünftig fortsetzen. Deshalb werden weitere Kooperationen mit niedergelassenen Ärzten, u. U. auch die Ansiedelung von weiteren, in Grünstadt noch nicht vorhandenen Facharztpraxen, wenn möglich direkt am Krankenhaus, angestrebt. Erste Gespräche mit Ärzten aus Grünstadt und Umgebung wurden diesbezüglich bereits geführt.

Die Akzeptanz eines Krankenhauses in der Bevölkerung hängt aber nicht nur von einem attraktiven Leistungsspektrum und einer guten Infrastruktur, sondern auch von der Qualität der Leistungserbringung ab. Das Krankenhaus setzt deshalb auf ein kontinuierliches und nachhaltiges Qualitätsmanagement. Die Befragung von Kunden spielt im Qualitätsmanagement eine zentrale Rolle. Kunden im Sinne des Qualitätsmanagements sind für ein Krankenhaus u. a. die Patienten, die niedergelassenen Ärzte als Einweiser der Patienten, aber auch die Mitarbeiter des Krankenhauses. Aus den im Jahr 2007 abgeschlossenen Befragung der Patienten und der niedergelassenen Ärzte wurden in Abteilungsgesprächen Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Behandlungs- und Organisationsabläufe im Krankenhaus abgeleitet. Eine Mitarbeiterbefragung ist für das Jahr 2008 geplant.

Die zukünftige Entwicklung der Erträge des Krankenhauses hängt in erster Linie von der stationären Patientenzahl und den für diese Behandlungsfälle erzielbaren Erlöse ab. Für die Höhe der Erlöse aus stationären Behandlungsfällen ist der so genannte Basisfallwert maßgebend. Mit diesem Euro-Betrag werden die mit unterschiedlich hohen Punktzahlen bewerteten stationären Behandlungsleistungen des Krankenhauses multipliziert und auf diese Weise die Höhe der Vergütung des einzelnen Behandlungsfalls ermittelt. Die Aussichten hinsichtlich der weiteren Entwicklung des Basisfallwertes in den kommenden Geschäftsjahren sind unterschiedlich zu beurteilen. Im Jahr 2008 endet die so genannte Konvergenzphase zur Angleichung der krankenhausindividuellen Basisfallwerte an den Landesbasisfallwert. Aufgrund der Tatsache, dass der Basisfallwert des Krankenhauses zur Vergütung der stationären Leistungen im Jahr 2007 noch um mehr als 85 Euro unter dem Landesbasisfallwert lag, ist auch im Geschäftsjahr 2008 ein Anstieg des vom Krankenhaus abzurechnenden Basisfallwertes zu erwarten. Die Entwicklung des Basisfallwertes in den darauf folgenden Geschäftsjahren ist nur schwer zu prognostizieren, weil zum jetzigen Zeitpunkt weder die Verhandlungen in Rheinland-Pfalz zur Vereinbarung des Landesbasisfallwertes 2009, noch das Gesetzgebungsverfahren zur Festlegung der ab dem Jahr 2009 gültigen Regelungen zur Vergütung der stationären Krankenhausleistungen abgeschlossen sind. Der Vergleich des Landesbasisfallwertes Rheinland-Pfalz mit dem der



anderen Bundesländer sowie die vom Bundesgesundheitsministerium erarbeiteten Eckpunkte für einen Gesetzentwurf zu einem ordnungspolitischen Rahmen der Krankenhausfinanzierung ab 2009 (Stichworte: Bundes- statt Landesbasisfallwert, DRG-Vergütung als „Höchstpreis“ statt wie bisher als „Einheitspreis“, Möglichkeit des Abschlusses von Einzelverträgen für bestimmte elektive Leistungen zwischen Krankenkassen und Krankenhäusern, Monistik statt duale Krankenhausfinanzierung) lassen einen im Vergleich zum aktuellen Landesbasisfallwert tendenziell etwas niedrigeren Basisfallwert erwarten. Insgesamt sind die Ertragsaussichten des Krankenhauses unter der Voraussetzung, dass die mit den Kostenträgern zu vereinbarenden stationären Behandlungsleistungen tatsächlich erreicht werden, aber nach wie vor als gut zu bezeichnen.

Wie bereits im Bericht für das Geschäftsjahr 2006, so möchten wir auch in diesem Bericht auf ein noch bestehendes spezielles Aufwandsrisiko hinweisen, das aus dem Rechtsstreit der Firma Wolf & Müller GmbH & Co. KG mit dem Krankenhaus resultiert. Die mit der Erstellung des Rohbaus für den neuen Operationstrakt und die neue Zentralsterilisation beauftragte Firma Wolf & Müller GmbH & Co. KG hat wegen der in ihrer Schlussrechnung enthaltenen und nicht oder nur teilweise anerkannten Nachträge eine Klage beim zuständigen Landgericht eingereicht. Das daraus für das Kreiskrankenhaus resultierende Prozessrisiko wird von den das Krankenhaus vertretenden Rechtsanwälten jedoch als gering eingeschätzt, weshalb keine Rückstellung gebildet wurde. Für die in Folge des Rechtsstreits entstehenden Anwaltskosten wurde allerdings eine Rückstellung gebildet.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass das Kreiskrankenhaus Grünstadt aufgrund seiner aktuellen Leistungs- und Kostenstruktur eine gute Ausgangssituation besitzt, um auch zukünftig ein positives Betriebsergebnis erwirtschaften zu können. Ob dieses Ziel tatsächlich erreicht werden kann hängt zum einen davon ab, ob auch weiterhin die Behandlungsleistungen kostengünstig erbracht und die mit den Krankenkassen vereinbarten Patientenzahlen erreicht oder übertroffen werden; zum anderen hängt es von den politischen Rahmenbedingungen durch den Gesetzgeber und der weiteren Tarifpolitik im öffentlichen Dienst und bei den Ärzten ab. Die wirtschaftliche Situation, der bauliche Zustand und die apparative Ausstattung sowie die fachliche Kompetenz und das Engagement seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bieten dem Kreiskrankenhaus Grünstadt gute Voraussetzungen, um sich dauerhaft in dem sich verändernden Gesundheitswesen zu behaupten zu können.

Beteiligungsbericht gem. § 90 Abs. 2 GemO

2007

Teil 1
für alle Unternehmen und Einrichtungen

Name des Unternehmens	Abfallentwirtschaftsbetrieb Landkreis Bad Dürkheim
-----------------------	--

Rechtsform	öffentlich-rechtlich, Eigenbetrieb
------------	------------------------------------

Gegründet am	1. Januar 2006
Betriebssatzung datiert vom	19. Oktober 2005

Wirtschaftsjahr ist	das Kalenderjahr
Stammkapital am Ende des Wirtschafts- jahres	1 Mio Euro
Veränderungen im Berichtsjahr	keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	Durchführung der Verwertung und Entsorgung der Abfälle im Landkreis Der Gegenstand des Unternehmens ist eine nicht-wirtschaftliche Betätigung gem. § 85 Abs. 3 GemO
--	--

Teil 3

für alle wirtschaftlichen Unternehmen des öffentlichen und privaten Rechts

Im Berichtsjahr gab es keinen Anlaß, die bisherige Bewertung zu ändern
--

Bilanzkennzahlen zum Beteiligungsbericht 2007		
1. Rentabilität		
	Jahresergebnis	753.101,44
Eigenkapitalrentabilität	Eigenkapital	2.821.459,91
Cash-Flow	Abschreibungen	1.265.186,24
2. Vermögensaufbau		
	Anlagevermögen	3.582.790,68
Anlagenintensität	Umlaufvermögen	19.391.179,68
Intensität Umlaufvermögen	Gesamtvermögen	22.983.719,99
3. Anlagenfinanzierung		
Anlagendeckung I	78,75%	
Anlagendeckung II	603,26%	
	Fremdkapital langfristig aus Darlehen	0,00
	Fremdkapital Rückstellung kurzfristig	161.853,28
	Rückstellung langfristig	18.792.078,47
	Verbindlichkeiten kurzfristig	1.204.886,40
	Gesamt:	20.158.818,15
4. Kapitalausstattung		
Eigenkapitalquote	12,28%	
Fremdkapitalquote	87,71%	
	kurzfristiges Fremdkapital	1.366.739,68
	liquide Mittel	18.006.211,28
5. Liquidität		
Liquiditätsgrad I		
liquide Mittel	18.006.211,28	
kurzfr. Fremdkapital	1.366.739,68	

Cashflow	2006	2007
JahresgewinnVerlust	-584.497	753.101
+ Abschreibungen	840.419	1.265.186
+ Anlagenabgang	0	2
+ Zuführung langfr. RST (Rekultivierung und Sanierung)	24.000	338.710
	<u>279.922</u>	<u>2.357.000</u>
- Zuschreibung	-353.725	0
- Abnahme langfr. RST (Rekultivierung und Sanierung)	-591.758	-1.030.470
	<u>-665.561</u>	<u>1.326.529</u>

I. Geschäftsverlauf und Lage des Betriebes:

Die Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises Bad Dürkheim wurde im Jahr 2007 als Eigenbetrieb geführt und nach den Bestimmungen der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung verwaltet (Betriebssatzung vom 19.10.2005). Der Eigenbetrieb steht seit 01.01.2006 unter verantwortlicher Leitung des Werkleiters, Herr Klaus Pabst.

Zweck des Abfallwirtschaftsbetriebes ist es, die Vermeidung, Verwertung und sonstige Entsorgung der im Landkreis Bad Dürkheim anfallenden Abfälle sicherzustellen. Hierzu nimmt der Betrieb alle Aufgaben wahr, die dem Landkreis Bad Dürkheim aufgrund der Abfallgesetze als öffentlich-rechtlichem Entsorgungsträger obliegen, insbesondere die im Landkreis Bad Dürkheim angefallenen und ihm überlassenen Abfälle nach Maßgabe der Gesetze zu verwerten oder zu beseitigen. Hierzu gehören auch alle den Betriebszweck fördernden und ihn wirtschaftlich berührenden Hilfs- und Nebengeschäfte.

Der Entsorgungsbereich umfasst das gesamte Kreisgebiet mit 134.628 Einwohnern (Stand 01.01.2007).

Die Rechtsgrundlagen haben sich wie folgt geändert:

1. Satzung des Landkreises Bad Dürkheim über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die öffentliche Abfallentsorgung vom 20.12.2006, in Kraft getreten am 01.01.2007.
2. Satzung des Landkreises Bad Dürkheim über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Fallfällen vom 04.07.2007, in Kraft getreten am 01.07.2007.

Der Landkreis Bad Dürkheim erfüllt im Kreisgebiet die Abfallentsorgungspflicht nach § 15 KrW-/AbfG im Rahmen einer organisatorisch und wirtschaftlich verselbständigten Einrichtung.

Da im Rahmen dieses Hoheitsbetriebes auch sog. wirtschaftliche Tätigkeiten zur Erzielung von Einnahmen nachhaltig ausgeübt werden, hat dies zur Konsequenz, dass insoweit eine partielle Steuerpflicht besteht und diese Tätigkeiten deshalb über gesondert geführte Betriebe gewerblicher Art wahrgenommen werden. Konkret davon betroffen waren unsere Aktivitäten im Bereich der Deponiebewirtschaftung, unsere Leistungen für die „Dualen Systeme“ und der Betrieb einer Photovoltaikanlage auf der Deponie „An der B 37“.

Das Ergebnis der Gebührenkalkulation für das Jahr 2007 und die Ertragssituation nach Umstellung auf das neue Abfallwirtschaftskonzept zum 01.01.2005 erforderte eine Erhöhung der bisher festgesetzten Abfallentsorgungsgebühren um durchschnittlich 10 %. Ursache für die notwendige Anpassung waren u.a. die gestiegenen Gesamtaufwendungen, die im wesentlichen von der Mehrwertsteuererhöhung und den vertraglich angepassten Preisen für die Leistungen nach dem Hauptentsorgungsvertrag beeinflusst wurden.

Hinzu kam, dass mit Einführung der neuen Abfallwirtschaftskonzeption im Jahr 2005 deutlich mehr Haushalte als prognostiziert – und auch für die Gebührenkalkulation 2005 zugrundegelegt – von der Wahlmöglichkeit Gebrauch gemacht haben und auf

kleinere und damit günstigere Tonnen umgestiegen sind. Insofern stimmten die ursprünglich angenommenen Behälterzahlen mit den jetzt feststellbaren tatsächlichen Behälterdaten nicht überein.

Die Erlöse und Erträge im Geschäftsjahr 2007 beliefen sich auf insgesamt 12.812.826 €. Davon wurden 10.057.384 € an Umsatzerlösen erzielt.

Die sonstigen betrieblichen Erträge haben sich im Vergleich zum Vorjahresergebnis um 580 T€ auf 2.094 T€ erhöht. Dies war im wesentlichen bedingt durch den neuen Vertrag über die Sammlung, Entsorgung und Vermarktung des Altpapiers. Hier hat sich die Erlössituation gegenüber dem Vorjahr um 426 T€ verbessert. Im laufenden Geschäftsjahr wurden 573 T€ an Rückstellungen aufgelöst (im Wesentlichen Verbrauch für die aktivierte und außerplanmäßig abgeschriebene Abdichtung Südböschung auf der Deponie Friedelsheim), eine Erhöhung gegenüber dem Vorjahr um 56 T€.

Der Gesamtaufwand belief sich auf 12.059.725 €. Davon entfielen 8.568.255 € auf Aufwendungen für bezogene Leistungen.

Die Aufwendungen für die Investitionstätigkeit des Abfallwirtschaftsbetriebes im Geschäftsjahr 2007 beliefen sich auf insgesamt 1.427.348 €. Die Schwerpunkte der Investitionstätigkeit lagen bei der Erweiterung der Photovoltaikanlage auf der Deponie „An der B 37“ (716 T€), in der Sanierung der Südböschung, der Befestigung der Betriebsfläche bzw. Wegebefestigung auf der Deponie „An der B 37“ (560 T€) und in der Beschaffung von Papierbehältern (105 T€).

Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2007 weist einen Jahresgewinn von 753.101,44 € aus.

Die Wirtschaftsgrundsätze gem. § 85 Abs. 2 GemO konnten erfüllt werden, da der Mindestgewinn erwirtschaftet wurde.

Die Kapitalstruktur zeigt, dass sich das Eigenkapital von 8,96 % auf 12,28 % des Gesamtkapitals erhöht hat. Die Anlagendeckungsquote veränderte sich von 630,1 % auf 603,26 %.

Die Investitionen des Geschäftsjahres (1.427.348 €) konnten nicht vollständig durch die Selbstfinanzierungsmittel (Cashflow) mit 1.326.529 € finanziert werden.

Die Genehmigungsplanung zum Abschluss der Hausmüldeponie „An der B 37“ sieht die Verfüllung des Zwickels vor. Es handelt sich dabei um die Fläche zwischen der Ostböschung des Neuteils und der Westböschung des Altteils. Damit der Zwickel als Deponie der Klasse I nach TASI genutzt werden kann wurde eine Zwischenabdichtung hergestellt, die im Bereich der Böschungen des Alt- und Neuteils in die dort bereits existierende Konstruktion integriert wurde. Die mit der Fertigstellung der Abdichtung des Zwickelbereiches verbundene Erwartung, verbesserte Erträge in der Annahme von Bodenmaterialien zu erzielen, hat sich über den prognostizierten Umfang hinaus erfüllt.

Die Südböschung des Deponiealteils der Deponie „An der B 37“ wurde abgedichtet und an das vorhandene Dichtungssystem angeschlossen. Im Zuge dieser

Baumaßnahme wurden weitere Gasdrainagen verlegt und an das bestehende aktive Entgasungssystem angeschlossen. Die vorhandene temporäre Abdichtung wurde in diesem Zuge ertüchtigt bzw. ergänzt. Im Rahmen dieser Baumaßnahme wurden auch die Betriebs- und Verkehrsflächen mit einer Asphaltsschicht abgedichtet. Betroffen davon sind alle Wege im Norden und Osten des Deponiealtteils sowie bisher nicht abgedichtete Teilflächen im Bereich der Eingangs- und Betriebsflächen.

Der Bau einer Photovoltaikanlage auf der Deponie „An der B 37“ im Jahr 2005 hat sich aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung bewährt. Nachdem langfristig der Standort für die Nutzung als Deponiefläche an Bedeutung verlieren wird, hat der Abfallwirtschaftsbetrieb dort eine weitere Photovoltaikanlage mit einer Leistung von 160 KW_{peak} errichtet. Für die Erweiterung der Anlage wurden Investitionskosten von 716 € aufgewendet. Unter Berücksichtigung der Investitionskosten und der Einspeisevergütung wird eine Rendite zwischen 4,5 % und 5 % prognostiziert.

Im Bereich der Waage/Eingangskontrolle auf der Deponie „An der B 37“ bzw. beim dort eingerichteten Wertstoffhof wurde das Personal über eine Personalleasinggesellschaft besetzt. Der Wertstoffhof wurde von einem Mitarbeiter des Betreibers betreut, der gleichzeitig auch für den Einbau von angelieferten mineralischen Abfällen auf der Deponie vorgesehen war. Diese personelle Besetzung hat sich seit dem Betrieb des Wertstoffhofes insoweit nicht bewährt, als der Mitarbeiter des Betreibers stärker als ursprünglich angenommen mit dem Einbau des angelieferten Materials gebunden war. Deshalb wurden seitens des Abfallwirtschaftsbetriebes ab April 2007 zwei Mitarbeiter für die Waage und Eingangskontrolle eingestellt.

Im Geschäftsjahr 2007 erfolgte die Sanierung der Kreisbauschuttdeponie in Esthal. Auf dem ehemaligen Deponiegelände wird nun ein Wertstoffhof und eine Grünschnittsammelstelle betrieben.

Der Vertrag über die Sammlung und Verwertung von Altpapier endete zum 30.06.2007. Die Leistungen wurden im Rahmen eines europaweiten Vergabeverfahrens neu ausgeschrieben. Mit Vertragsabschluss zum 01.07.2007 ist das Vergabeverfahren abgeschlossen und hat zu wesentlich günstigeren Konditionen für die Sammlung und Verwertung von Altpapier geführt. Bezogen auf einen Jahreszeitraum werden diese Leistungen künftig mit einem einbringlichen Ergebnis erbracht werden können. Im Geschäftsjahr 2007 wurde ein Überschuss von 131 T€ erwirtschaftet.

II. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Seitens des Abfallwirtschaftsbetriebes wird derzeit die Genehmigungsplanung für die Sanierung der Kreismülldeponie in Ellerstadt vorbereitet. Durch die am 01.09.2005 in Kraft getretene Deponieverwertungsverordnung gibt es neue Randbedingungen für die Verwertung von mineralischen Abfällen.

Die bereits vorhandene Planung zum Deponiegas, dem Randdichtungsteil, der Oberflächenabdichtung und der Sammlung von Oberflächenwasser, bleiben unverändert. Entsprechend unserer aktuellen Planung soll die Profilierung des Deponiekörpers mit mineralischen Massen gemäß der Deponieverwertungsverordnung durchgeführt werden. Eine Umlagerung von Abfällen vom Osten der Deponie auf den Westteil würde somit entfallen.

Diese Variante hat den Vorteil, dass Abfälle nur entlang der Deponieränder umzulagern sind, wodurch sich die Geruchsbelästigungen während der Bauzeit deutlich verringern und wirtschaftliche Vorteile erwartet werden, da die Arbeiten zur Umlagerung von 200.000 cbm Abfällen entfallen und durch die Annahme der mineralischen Massen mit Erträgen gerechnet werden kann.

Da bei dieser Variante sich auch gewisse Synergieeffekte mit dem Restverfüllungsbetrieb der Deponie Friedelsheim ergeben können (Nutzung der Waage Friedelsheim, gemeinsames Personal), ist der Abfallwirtschaftsbetrieb an einer schnellen Umsetzung interessiert.

Vor dem Hintergrund der laufenden Restverfüllung der Deponie „An der B 37“ und der in der Folge anstehenden Deponienachsorge ist dort die Errichtung eines Betriebsgebäudes geplant. Der Raumbedarfsplan ist abgestimmt und wird planerisch umgesetzt. Mit dem Bau soll Ende des 3. Quartals 2008 begonnen werden.

Vor dem Hintergrund der Ausstattung der Haushalte mit neuen Abfallbehältern zum 01.01.2005 wurde seitens des Kreistages beschlossen, die alten Rest- bzw. teilweise auch Bioabfallbehälter ab 01.04.2005 als Papiertonne zu nutzen.

Im Rahmen des Änderungsdienstes werden als defekt gemeldete Papiertonnen durch neue blaue Papiertonnen ersetzt. Auch die Neuausstattung von Haushalten erfolgt mit neuen blauen Tonnen. Derzeit werden ca. 5.000 blaue Papiertonnen im Landkreis Bad Dürkheim eingesetzt.

Aufgrund der sehr guten Erfahrungen mit dem Identifikationssystem bei den Rest- und Bioabfallbehältern ist vorgesehen, auch die neuen Papiertonnen mit einem sog. Chip auszustatten. Damit erhalten wir einen genauen Überblick über die Behälterzahl sowie die jeweiligen Standorte und können die Behälterverwaltung über unser Veranlagungsprogramm steuern. Darüber hinaus kann künftig die Papiersammlung über die konkreten Behälter- bzw. Leerungszahlen abgerechnet werden.

III. Voraussichtliche Entwicklung sowie Chancen und Risiken des Betriebes

Für die Abdeckung und Rekultivierung der ehemaligen Kreisbauschuttdeponie „Bruchhübel“ wurde im Jahresabschluss 2003 auf der Grundlage einer Variantenstudie des beauftragten Fachingenieurs erstmals eine Rückstellung in Höhe von 1,2 Mio. Euro gebildet. Dabei ging der Fachingenieur davon aus, dass die Profilierung und definierte Abdeckung der Deponie mit vorhandenem bindigem Bodenaushub ausreichend ist, zumal eine Grundwasserverunreinigung im Umfeld der Deponie bisher nicht zu beobachten ist.

Eine Alternative zur Oberflächenabdichtung der Deponie ist der geordnete Rückbau. Hierbei wird der abgelagerte Bauschutt aufbereitet, Fremd- und Störstoffe werden separiert und über zugelassene Beseitigungsanlagen entsorgt. Nach dem Rückbau wird dann nur noch unbelastetes Erdaushubmaterial sowie Vorsiebmaterial aus der Aufbereitung innerhalb der Grube als Verfüllmaterial eingelagert. Der Ausschuss für Abfallwirtschaft hat dem Rückbaukonzept zugestimmt. Im Rahmen der Verhandlungen mit dem Anlagenbetreiber über den geordneten Rückbau muss allerdings sichergestellt werden, dass der Gesamtaufwand für den Landkreis Bad Dürkheim den Betrag von maximal 1,2 Mio € nicht übersteigt.

Eine endgültige Abdichtung der Bauschuttdeponie nach den Vorschriften der TASI hätte nach Darstellung des Fachingenieurs dagegen Investitionen von ca. 5,0 Mio. Euro zur Folge.

Über die gesamte Fläche des Erweiterungsbereiches (Restverfüllung) der Kreismülldeponie an der B 37 werden 6 Bewässerungsfelder gebaut. Diese Felder haben die Aufgabe, über die Zugabe von Wasser den optimalen Feuchtigkeitsgehalt für die Vergärungsprozesse im Müllkörper, auch nach Installation der temporären Oberflächenabdichtung, zu erhalten. Alternativ zum Wasser ist vorgesehen, anfallendes Sickerwasser für die Infiltration zu nutzen. Durch dieses Verfahren könnte die externe Entsorgung des Sickerwassers (3000 – 5000 cbm) entfallen oder zumindest wesentlich reduziert werden, was zu deutlichen Kosteneinsparungen während der Nachsorgezeit führen würde.

Da dieses Verfahren der Infiltration noch relativ neu ist, und somit von anderen Deponien noch wenig Erfahrungswerte vorliegen, ist eine Quantifizierung des Einsparpotentials noch nicht möglich.

Aufgrund des Alters des im Jahr 1999 angeschafften 1. Gasmotors sind in letzter Zeit häufig zum Teil auch größere und damit aufwendige Reparaturen angefallen. Die Verfügbarkeit ist deshalb sehr eingeschränkt. Im Hinblick auf die gestiegene Gasproduktion wird deshalb zu überlegen sein, einen Ersatzmotor mit evtl. größerer Leistung zu beschaffen.

Auf dem Gebiet der Deponie Elmstein „Haselbach“ wurde als Folgenutzung der Deponie von der Gemeinde Elmstein eine Grünabfallsammelstelle eingerichtet. Im Rahmen der für das Jahr 2009 vorgesehenen Sanierungsplanung soll dort gleichzeitig ein Wertstoffhof eingerichtet werden. Die Betriebseinrichtungen des Wertstoffhofes werden in die noch durchzuführende Stilllegungsarbeiten integriert werden, sodass eine sinnvolle, umweltgerechte und dauerhaft zu vertretende Folgenutzung entsteht.

Angesichts hoher Verwertungserlöse ist die gewerbliche Altpapiersammlung verstärkt in den Focus der privaten Entsorgungswirtschaft gerückt. Bundesweit ist derzeit zu beobachten, dass private Entsorger dazu übergehen, neben den vorhandenen kommunalen Altpapiersammlungen gewerbliche Sammelsysteme aufzubauen. Dies ist nach der Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte zulässig. Gerade in den Kommunen ohne Papiertonne, versuchen sich die privaten Entsorger zu etablieren. Da die Haushalte im Landkreis Bad Dürkheim seit 01.04.2005 mit einer Papiertonne ausgestattet sind, ist das Risiko einer privaten Konkurrenz und damit eines Ertragsausfalls derzeit eher gering einzuschätzen, kann aber nicht ausgeschlossen werden.

Die Erlöse aus der Zwickelverfüllung mit mineralischen Abfällen sollen künftig zu einem positiven Gesamtergebnis des Abfallwirtschaftsbetriebes mit beitragen. Diese wirtschaftliche Betätigung ist gewissen Risiken unterworfen, da die Anlieferungsmengen und die Preisgestaltung Marktschwankungen unterliegen.

Im Hinblick auf die künftige Entwicklung sind keine Risiken ersichtlich, die den Bestand der Einrichtung gefährden oder seine Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

Bad Dürkheim, 08.05.2008

gez.

.....
Klaus Pabst
Werkleiter